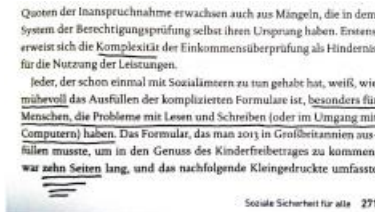
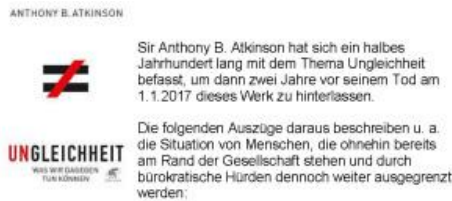


Aktionen gegen Ungleichheit

<http://t1p.de/nelz>



176.000 neue Arbeitsplätze

Im [Zukunftsbudget](#) wird [detailliert dargestellt](#), wie eine sozial-ökologische Steuergesetzgebung zu einer nachhaltigen Finanzierung von **NEUEN** Arbeitsplätzen führt. Durch die gleichzeitig sinkende Zahl an Arbeitslosen – insbesondere in zivilgesellschaftlich wertvollen Branchen – steigt auch das relative Lohnniveau und damit der Wertschöpfungsanteil der Leistenden insgesamt.

Jährliche Gleichheitstage

Durch die Feierlichkeiten von jährlich stattfindenden regionalen Gleichheitstagen machen Sozialpartner und Gesundheitsbetriebe darauf aufmerksam, wie soziale Ungleichheit die [Gesundheit beeinträchtigen und Leben gefährden kann](#). Die damit verbundene Bewusstseinsbildung bereitet den Boden für gemeinsame Anstrengungen, um mehr materielle Gleichheit für ALLE zu erzielen.

Höhere Mindeststundenlöhne gegen prekäre Beschäftigung

Um der seit Jahren grassierenden Flut prekärer Teilzeitbeschäftigung wirksam zu begegnen, bedarf es neben der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auch eine [relative Erhöhung der Stundenlöhne im Bereich Teilzeit](#) (vgl. [Prekaritätsprämie](#)), um das jeweilige [Überleben zu sichern](#). Damit werden gleichzeitig auch die zusätzlichen Kosten bei mehreren Beschäftigungsverhältnissen abgegolten und als "Nebeneffekt" werden die [staatlichen Sozialaufwendungen reduziert](#) - ganz im Sinne jener, die gerne von einem [Nulldefizit](#) reden. Darüber hinaus fördert ein Rückgang von Mehrfachbeschäftigung eine klimafreundliche Reduktion des Verkehrsaufkommens.

Die Hüterin des Kapitalismus

Der Internationale Währungsfonds unter der Leitung von Christine Lagarde propagiert eine immer progressivere Wirtschaftspolitik und stellt sich damit gegen die Regierungen dieser Welt. Warum?

Von Yves Wegelin



Höhere Steuern für Reiche! Stärkere soziale Sicherheitsnetze! IWF-Chefin Christine Lagarde (vorne in der Mitte) redete den VertreterInnen der Mitgliedstaaten ins Gewissen.

FOTO: STEPHEN JAFFE, KEYSTONE

Quelle: <https://www.woz.ch/-81f7>

Equal Pay plus 10 Prozent

Wie in Deutschland gilt in Frankreich der Grundsatz Equal Pay / Equal Treatment. Der entscheidende Unterschied: Ausnahmen gibt es nicht. Ab dem allerersten Tag im Entleihbetrieb steht allen Leiharbeiterinnen und –arbeitern der gleiche Lohn zu wie ihren festangestellten Kollegen. Und damit nicht genug. Als Aufwandsentschädigung für die Befristung des Arbeitsverhältnisses müssen die Entleihbetriebe sogar 10 Prozent Aufschlag zahlen. ...

Kein Beschäftigungsrückgang durch Regulierung

Wirtschaftsliberale in Deutschland werden nicht müde zu warnen, eine striktere Regulierung von Leiharbeit mache ihre Nutzung unattraktiv. Ein Blick über die Grenze nach Frankreich würde ihnen zeigen, wie weit sie mit dieser Einschätzung daneben liegen. Trotz der vergleichsweise strikten Regulierung gibt es dort sogar mehr Leiharbeiter als in Deutschland. Im Jahr 2007 wurden über 637.000 gezählt, in Deutschland waren es zum Vergleichszeitpunkt rund 23.000 weniger. Mit dem entscheidenden Unterschied, dass Leiharbeit dort besser bezahlt wird als in Deutschland. ...

Bewertung: Effektive Regulierung ohne Beschäftigungsverlust

Für Beschäftigte in Frankreich bedeutet Leiharbeit also zwar immer noch mehr Unsicherheit als eine Festanstellung. Diese wird jedoch nicht noch verschärft durch schlechtere Bezahlung, wie hierzulande. Im Gegenteil, Unternehmen müssen die gewonnene Flexibilität durch eine Art „Prekaritätsprämie“ von 10 Prozent über den jeweiligen Tariflohn abgeben. (Quelle: <http://t1p.de/1n18>)